

02/2019

fdplus



Stabil in Deutschland, Stark in Europa

Generalsekretärin

Interview mit
Linda Teuteberg

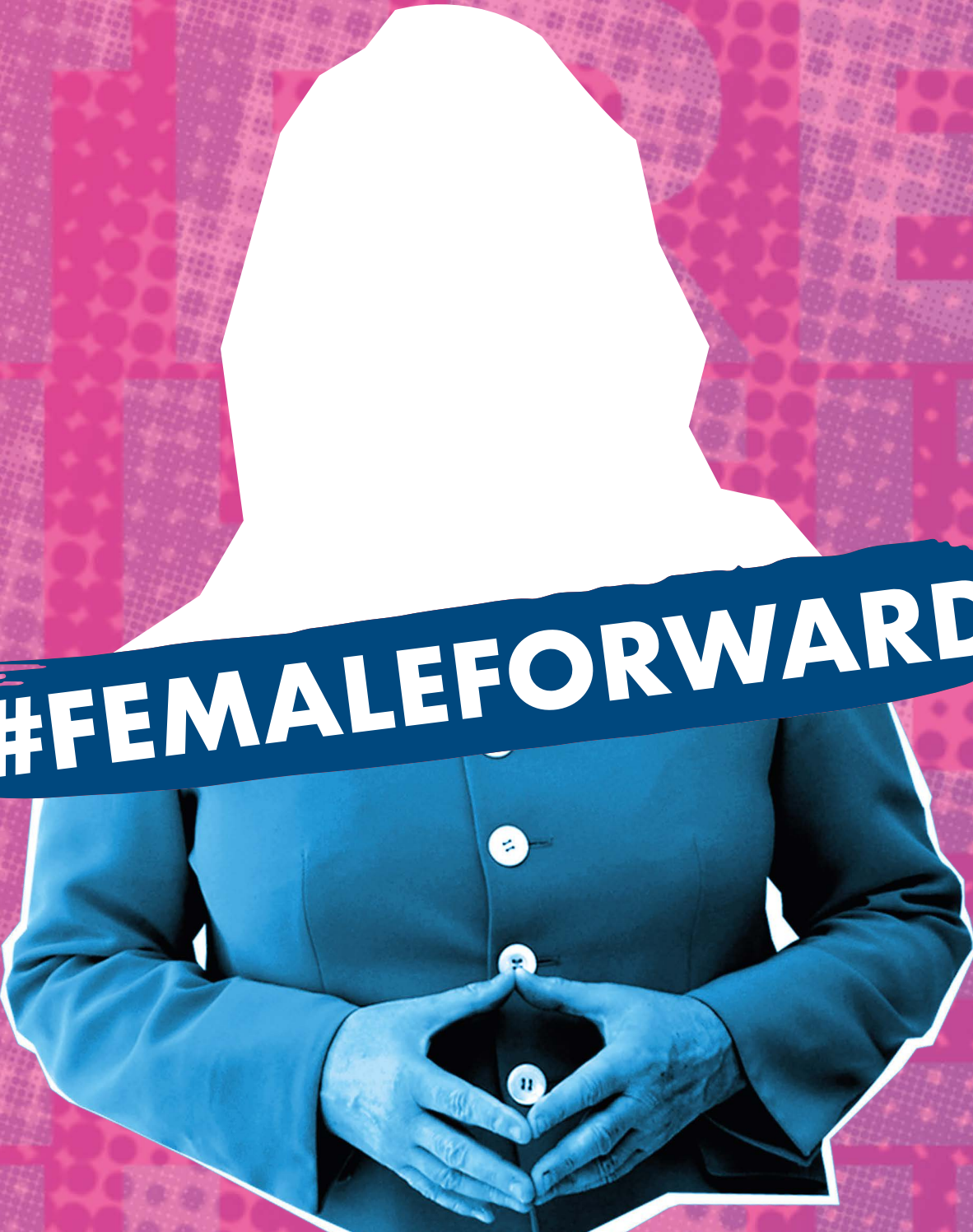
70. Ord. Bundesparteitag

FDP debattiert
leidenschaftlich

Stiftung

Interview mit dem jüdischen
Rapper Ben Salomo

Wie geht der Weg in die Politik?



#FEMALEFORWARD



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Frauen sind in der Politik gefragter denn je. Viele Parteien möchten, dass sich mehr von ihnen engagieren. Aber wie kann so ein Weg in die Politik überhaupt aussehen? Auf femaleforward.freiheit.org zeigen wir, wie es gehen kann.

Jetzt gilt's bei den Landtagswahlen.



Thomas Maron
Chefredakteur
Pressesprecher der FDP

Die Europawahl liegt hinter uns. Wir Freie Demokraten blicken zurück mit gemischten Gefühlen. Viele unserer Mitglieder haben, gemeinsam mit Spitzenkandidatin Nicola Beer und allen Kandidaten für das Europaparlament, leidenschaftlich gekämpft. Am Ende wurde die Stimmenzahl im Vergleich zur Europawahl 2014 verdoppelt. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben sind und viele Wähler, die bei der Bundestagswahl noch bei der FDP ihr Kreuz gemacht haben, diesmal zu Hause blieben. Die Parteiführung hat sich deshalb vorgenommen, das Ergebnis mit der gebotenen Gründlichkeit aufzuarbeiten. Der Wahlabend war gleichwohl kein Anlass, in Sack und Asche zu gehen. Die Kommunalwahlen waren vor allem im Osten ein Fingerzeig, der Hoffnung macht mit Blick auf die so wichtigen Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die FDP konnte dort zulegen und zeigen, dass sie sich auch in schwierigem Umfeld behaupten kann. Der Wiedereinzug in die Landtage von Potsdam, Dresden und Erfurt ist greifbar nah. Deshalb lohnt es sich, gemeinsam mit den Freien Demokraten in diesen Landesverbänden, erneut die Ärmel hochzukrempeln – und für die Ziele der FDP zu kämpfen.

Ihr



In Europa drittstärkste Kraft

Nach dem Europawahlkampf ist für die Freien Demokraten klar:
Trotz des großen Einsatzes kann das Ergebnis nicht zufriedenstellen.

5 Meldungen

6 In Europa drittstärkste Kraft

10 Bremen hat den Wechsel gewählt und Stillstand bekommen.

12 Eine Offensive für mehr und bezahlbaren Wohnraum

14 Ein Land wächst mit seinen Menschen.

Auf ihrem Bundesparteitag hat die FDP ihr politisches Profil gestärkt.

16 FDP stimmt für mehr Vielfalt.

Die Themen Vielfalt, Gleichstellung und Frauenförderung haben den 70. Ord. Bundesparteitag entscheidend geprägt.

18 „Wir werden überzeugen, wenn wir uns treu bleiben.“

Linda Teuteberg im Interview über ihre neue Aufgabe als FDP-Generalsekretärin und ihre Vorstellungen für die Freien Demokraten

20 Der neugewählte Bundesvorstand

22 FDP bereitet sich auf die anstehenden Landtagswahlen vor.

24 Stärkere Basis vor Ort

Die Freien Demokraten überzeugen mit starken Ergebnissen bei den Kommunalwahlen.

26 „Der Druck auf Juden nimmt jeden Tag zu.“

Der Rapper Ben Salomo im Interview über Antisemitismus und die jüdische Gemeinschaft in Deutschland

70 Jahre in bester Verfassung

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet – und entfaltet seine Kraft als unsere rechtsstaatliche Verfassung bis heute. Das Grundgesetz ist ein Vorbild für viele Staaten weltweit und hat in den letzten sieben Jahrzehnten wesentlich dazu beigetragen, dass aus der Bundesrepublik Deutschland eine „geglückte Demokratie“ geworden ist. Zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes luden die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Feierstunde in den Deutschen Bundestag ein. Das Fazit: Wir dürfen uns nicht mit dem Lorbeer der Vergangenheit schmücken. Wir müssen dafür kämpfen, dass das Grundgesetz auch in Zukunft ein Grund zum Feiern bleibt.



Volker Wissing arbeitet beständig an einer besseren Politik für Gründerinnen und Gründer.

Licht in den Bürokratiedschungel bringen

Der stetig wachsende Bürokratiedschungel belastet die Bürger und Unternehmen und bremst die Wirtschaft. Allen Ankündigungen zum Trotz hat die Bundesregierung beim Bürokratieabbau und bei der Entlastung des Mittelstands nichts vorzuweisen. Im Gegenteil: Die Sozialbeiträge steigen, die Steuern werden nicht gesenkt. Für die FDP-Fraktion ist es höchste Zeit, Licht in den Dschungel zu bringen und für Entlastung zu sorgen. Auf Grundlage der Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft „10 Thesen zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk“ zeigt die FDP-Fraktion anhand konkreter Beispiele auf, wie Mittelstand und Handwerk gestärkt und entlastet werden können.

www.fdpbt.de/mittelstand



Feierstunde im Deutschen Bundestag zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes

Rheinland-Pfalz erlebt neue Gründerzeit

Rheinland-Pfalz konnte sich laut aktuellem KfW-Gründungsmonitor 2019 um drei Plätze – vom 11. auf den 8. Platz – verbessern. FDP-Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing freut sich über diese Entwicklung, will aber mehr. „Gute Ideen sollen bei uns auf beste Bedingungen treffen“, verlangt Wissing. Im Rahmen der Gründungsallianz steht der Minister im engen Austausch mit Gründern, aber auch Banken, Unternehmen sowie Verbänden. „Wir bringen in Rheinland-Pfalz alle an einen Tisch, um gemeinsam zu diskutieren, was wir besser machen können, damit aus guten Ideen gute Unternehmen werden“, so Wissing. Er freut sich über das Ergebnis des KfW-Gründungsmonitors, betont aber auch: „Mein Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zum Gründerland Nummer eins machen.“



Der stetig wachsende Bürokratiedschungel belastet die Bürger.



In Europa drittstärkste Kraft

Das Ergebnis der Europawahl hat für die Freien Demokraten zwei Seiten: Einmal Freude, denn die Liberalen wurden europaweit drittstärkste Kraft. Die Große Koalition in Brüssel ist abgewählt. Auf der anderen Seite Enttäuschung, denn in Deutschland hatte man sich nach einem leidenschaftlichen Wahlkampf mehr erhofft.



Moritz Eichhorn
Pressereferent der FDP

Am Ende von mehr als vier Monaten Wahlkampf, sechs Wochen heißer Phase und 14 Tagen Endspurt; nach Großveranstaltungen von Dresden bis Dortmund und von München bis Bremen; nach TV-Duellen, Radio-, Blog- und Zeitungsinterviews; Diskussionen auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen; nach Rosen-Verteilen und symbolischem Schlagbaum-Lüften, nach hunderten Facebook-Einträgen, Instagram-Posts und noch mehr Tweets wurden am 26. Mai 2019 fünf Kandidaten der Freien Demokraten ins Europäische Parlament gewählt: Nicola Beer, Svenja Hahn, Andreas Glück, Moritz Körner und Jan-Christoph Oetjen.

Die Freien Demokraten konnten ihr Ergebnis um zwei Prozentpunkte verbessern und in absoluten Zahlen sogar um mehr als eine Millionen Stimmen steigern und somit ver-

doppeln. Und doch: Die Partei, ihre Kandidaten und viele Anhänger hatten sich mehr als 5,4 Prozent der Stimmen erhofft.

Das Ergebnis der Europawahl hat aus Sicht der Liberalen aber zwei Seiten: die deutsche und die europäische. „Kleine Wahlgewinner“ nannte der Vorsitzende Christian Lindner seine Partei in einer ersten Reaktion am Wahlabend. „Und große Gewinner in Europa“, fügte Spitzenkandidatin Beer später hinzu. Denn die europäischen Liberalen in der Parteienfamilie ALDE wurden gemeinsam mit Emmanuel Macrons Liste Renaissance drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Das europäische Wahlziel, die Große Koalition in Brüssel nach fast vierzig Jahren zu beenden, ist erreicht. Deshalb müssen Europas Regierungschefs der-



Nicola Beer im Gespräch mit ALDE-Spitzenkandidatin Margrethe Vestager auf der re;publica 2019

zeit um einen Kompromiss bei der Suche nach dem Chef der Kommission hart ringen. Die Liberalen haben mit der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager eine aussichtsreiche Kandidatin.

Auf der anderen Seite steht in Deutschland ein Resultat, das hinter den Erwartungen zurückbleibt. Grund genug für eine Analyse. „Unser eigener Anspruch an uns ist höher, als man gegenwärtig am Balken ablesen kann“, beschrieb es Christian Lindner.

Dass diese Europawahl wichtiger als frühere Europawahlen sein würde, war in der Partei früh erkannt worden. Deshalb ging die FDP mit einer Kandidatin aus der ersten Reihe ins Rennen – anders als andere, die zwar mit Spitzenpersonal warben, aber mit wenig bekannten Gesichtern antraten.

Nicola Beer gab den Posten der Generalsekretärin auf und kämpfte mit den anderen Kandidaten, Mitarbeitern und Freiwilligen unter dem Motto „Europas Chancen nutzen“ für einen liberaleren Kontinent.

In der Bundesgeschäftsstelle war, wie zur Bundestagswahl, ein Volunteer-Team eingerichtet worden. Fünf junge Freiwillige bespielten die Kanäle der sozialen Medien mit frischen Ideen, beantworteten tausende Emails, Kommentare und Direktnachrichten und belebten den Laden.

Die Spitzenkandidatin warb auf Reisen ohne Unterlass um Stimmen, ihr Kalender glich einem Mosaik. „Ich will Europa wieder zum Leuchten bringen“, rief sie den Menschen zu. Keiner konnte an ihrer Überzeugung zweifeln.

In den Ländern stießen die Kandidaten des ersten Listen-



Unzählige Medientermine, Interviews und Auftritte absolvierte die Spitzenkandidatin der Freien Demokraten.

platzen stets dazu. Im Tandem brachte man in unzähligen Lokalredaktionen die konkreten Ziele vor: Kommission verkleinern, Wanderzirkus zwischen Brüssel und Straßburg beenden, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, Europa wieder zum Innovationskontinent schlechthin machen.

Doch die Großwetterlage half den Tüchtigen nicht. Das Klima und sein Schutz wurden zum dominierenden Thema. Im Mainstream der Medien hatten sich als einzige Antworten darauf schnell Verzicht und das Sanktionieren über neue Steuern durchgesetzt. Mit der komplexeren, dafür ausgewogeneren Forderung nach einem Zertifikatehandel drangen die Freien Demokraten nicht wirksam durch. Haltlose Ungarn-Vorwürfe gegen die Spitzenkandidatin kamen erschwerend hinzu.

Im zweiwöchigen Endspurt präsentierten Beer, Lindner und Generalsekretärin Teuteberg bei elf Chancen-Talks in allen Teilen des Landes ihre Ideen für ein besseres Europa. Nach kurzen Pitches à 10 Minuten beantworteten sie Fragen aus dem Publikum.

Dann kam der Wahlsonntag. Und nachdem die Spitzenkandidatin und der Parteivorsitzende den Unterstützern und Wählern gedankt hatten, fielen auch selbstkritische Worte. Die FDP werde aufarbeiten und analysieren, „wo ich Dinge falsch eingeschätzt habe“, sagte Lindner im Fernsehinterview. „Wir müssen schauen, was können wir ändern am Profil der FDP, um unser Potenzial auch ausschöpfen zu können“, sagte er außerdem. Die Aufarbeitung hat begonnen. Nur am Kampfgeist wird sich sicher nichts ändern.

Bremen hat den Wechsel gewählt und Stillstand bekommen.

Die Freien Demokraten schaffen nach 25 Jahren den direkten Wiedereinzug ins Bremer Bürgerhaus. Die Grünen verhindern mit einer rot-rot-grünen Koalition jedoch einen echten Politikwechsel in der Hansestadt.



Lencke Steiner
Spitzenkandidatin
der FDP Bremen

Erstmals seit 25 Jahren hat die FDP den direkten Wiedereinzug in die Bremische Bürgerschaft geschafft. In einem intensiven Wahlkampf hat die FDP in Bremen für bessere Bildung, eine Stärkung der Wirtschaft, eine ideologiefreie Verkehrspolitik und mehr Sicherheit gestritten. Wir haben mit Themen und klaren Botschaften gepunktet. Trotz eines schwierigen Umfelds und hoher Wahlbeteiligung musste die FDP nur leichte Verluste hinnehmen und ist wieder deutlich in den Landtag eingezogen. Wir hätten uns trotzdem ein besseres Ergebnis gewünscht. Selten waren eine Wahl und die anschließende Regierungsbildung in Bremen so spannend. Der Wahlsonntag in Bremen war historisch. Das erste Mal seit 73 Jahren ist die CDU stärkste Kraft und man sollte meinen, dass damit der Re-

gierungsauftrag klar bei ihr liegt. Aber weit gefehlt: Bürgermeister Carsten Sieling gibt sich als schlechter Verlierer und klebt an seinem Posten - nahezu um jeden Preis. Schnell wird klar: Königsmacher sind die Grünen. Was für eine gemütliche Situation, sich das Beste aussuchen zu dürfen, scheinbar ohne den Wählerwillen dabei berücksichtigen zu müssen. Da die CDU stärkste Kraft geworden ist, lag nach allen demokratischen Gepflogenheiten der Regierungsauftrag bei ihr. Zusammen mit den Grünen war die FDP bereit, über eine Jamaika-Koalition zu verhandeln. In den Sondierungen mit CDU und Grünen haben sich viele Schnittmengen herausgebildet, die eine gemeinsame Regierung ermöglicht hätten. Wir Liberale waren dabei bereit, Zugeständnisse und Kompromisse zu machen, um diese historische Chance zu nut-



Lencke Steiner im Bremer Bürgerschaftswahlkampf

zen, die SPD nach 73 Jahren im Bremer Rathaus abzulösen. Seit dem 6. Juni wissen wir: Es kommt anders. Der Grüne Landesvorstand hatte nicht den Mut, seiner eigenen Basis einen echten Neuanfang vorzuschlagen. Stattdessen wollen die Grünen mit den Linken und dem Wahlverlierer SPD gemeinsame Sache machen. Die Entscheidung der Grünen ist ein Schlag ins Gesicht der bürgerlichen Mitte. Sie ebnet den Weg für Rot-Grün-Rot und hält die desolade und eigentlich abgewählte SPD an der Macht. Das Risiko, dem sich die Grünen aussetzen, ist in Anbetracht der unklaren Personalsituation der SPD groß. Das ist ein schlechtes Signal an die Wähler, die statt eines gewünschten Aufbruchs eine Koalition des „Weiter so“ bekommen. Ich bin enttäuscht über diese Mutlosigkeit. Jamaika in Bremen war

eine historische Chance für einen echten Politikwechsel. Als FDP werden wir eine konstruktive Oppositionsarbeit leisten und unsere Themen in den Mittelpunkt stellen. Wir werden als Stimme der bürgerlichen Bremerinnen und Bremer im Parlament auftreten und uns dem Linksruck entgegenstellen. Diese Wahl ist dabei übrigens auch ein klares Signal für den Bund: Allen Wählerinnen und Wähler muss klar sein, dass sie mit einer Stimme für die Grünen eine Linksaußenkoalition wählen könnten.

Eine Offensive für mehr und bezahlbaren Wohnraum

Das geringe Wohnungsangebot und die steigenden Mieten sind ein Problem. Da hilft keine linke Fantasie, sondern nur bauen, bauen, bauen. Die FDP-Fraktion will dazu den Bürokratiewahnsinn stoppen.



Anja Schorr
Pressereferentin der
FDP-Fraktion

Ältere Menschen, die um ihre Wohnung fürchten, Jüngere, die keine bezahlbare finden, und Besichtigungstermine, bei denen massenhaft Menschen auftauchen. Das ist die Realität in vielen Ballungszentren in Deutschland. Das geringe Wohnungsangebot und die steigenden Mieten sind ein Problem, das Menschen auf die Straße treibt. Auf Seiten der Linken beflügelt es die Fantasie. Die Enteignung von Wohnraum ist durch Äußerungen von Robert Habeck, Katja Kipping und Ralf Stegner kein Tabu mehr. Dabei wird dadurch keine einzige neue Wohnung geschaffen.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag lehnt Enteignungen ab und fordert stattdessen eine Offensive für mehr und bezahlbaren Wohnraum. Die Devise muss dabei lauten: bauen, bauen, bauen und zwar

schnell und günstig. Denn nur wenn das Angebot an Wohnungen zügig steigt, werden die Mieten sinken und Eigentum wieder erschwinglich. Die Große Koalition hat jedoch versäumt, die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern. Schlimmer noch: Der Staat ist Baukostentreiber Nummer eins. Schwarz-rote Initiativen wie die Mietpreisbremse oder das Baukindergeld greifen nicht, denn sie wirken entweder als Investitionshemmer oder sind nicht zielgerichtet.

Damit schneller und günstiger gebaut werden kann, muss mehr Bauland ausgewiesen werden, denn das ist die Grundvoraussetzung für neue Wohnungen und angemessene Bodenpreise. Zudem ist die Nachverdichtung in Städten besonders wichtig, gerade in attraktiven Wohnlagen. Die FDP-Fraktion hat dazu einen Antrag in den Deutschen Bun-



Die FDP-Fraktion will dem Bürokratiewahnsinn bei Bau-, Energie- und Dämmvorschriften ein Ende machen

destag eingebracht, um Dachausbau und Dachaufstockungen zu erleichtern. Darüber hinaus ist es dringend nötig, dem Bürokratiewahnsinn bei Bau-, Energie- und Dämmvorschriften sowie anderen Regulierungen ein Ende zu machen. Um dagegen anzugehen, will die FDP-Fraktion einen Baukosten-TÜV einführen, der alle neuen Vorschriften auf ihre Auswirkungen hin überprüft.

Die Mietpreisexplosion und der Wohnungsmangel in den Ballungszentren lassen sich nur mit Markt- und nicht mit Planwirtschaft lösen. Weder die Mietpreisbremse noch ein Mietpreisdeckel oder gar Enteignungen führen zu neuen Wohnungen. Enteignungen würden vielmehr Entschädigungsansprüche nach sich ziehen, für die dann wiederum die Steuerzahler aufkommen müssten. Es wäre nichts ge-

wonnen. Zudem würden dadurch Investoren abgeschreckt, mit dem Ergebnis, dass noch weniger neue Wohnungen gebaut würden. Um dem einen Riegel vorzuschieben, fordert die FDP-Fraktion die Abschaffung des Artikel 15 Grundgesetz, der eine Vergesellschaftung ermöglicht.

Jedoch brauchen nicht nur die Mieter, sondern auch die Menschen Unterstützung, die sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen wollen. Deshalb fordert die FDP-Fraktion einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie bis zu einem Wert von 500.000 Euro. Ein wichtiger Baustein, um Deutschland zu einer Eigentümersnation zu machen. Denn die eigene Immobilie ist nicht nur ein Stück Freiheit, sondern auch eine wichtige Altersvorsorge.

Ein Land wächst mit seinen Menschen.

Auf dem 70. Ordentlichen Bundesparteitag haben die Freien Demokraten intensive Debatten geführt und zukunftsweisende Entscheidungen getroffen. Für Wirtschaftspolitik, Gleichberechtigung und Klimaschutz legten sie innovative Konzepte vor und wählten einen neuen Bundesvorstand.



Frederick Keil
Pressereferent
der FDP

Ein prallgefülltes Programm erwartete die 662 Delegierten auf dem 70. Ord. Bundesparteitag der FDP. Auf der Tagesordnung standen nicht nur die Wahl des neuen Präsidiums und Bundesvorstands – samt der neuen FDP-Generalsekretärin (ein Interview mit Linda Teuteberg finden Sie auf Seite 18 in diesem Heft) –, sondern auch der Start in die entscheidende Phase des Europawahlkampfes. Thematisch bestimmte die aktuelle politische Lage in Deutschland die weitere Agenda. Der Fokus der Anträge auf Wirtschaft, Klimaschutz, Gleichberechtigung von Frauen, bezahlbares Wohnen und die Enteignungsdebatte zeigte: Die Freien Demokraten haben ihr diesjähriges Parteitagsmotto „Ein Land wächst mit seinen Menschen“ ernst genommen und beschäftigen sich mit den Themen, die

Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger umtreiben. Chinesische Schriftzeichen empfingen die Besucher auf dem Bundesparteitagsgelände und dies war weit mehr als ein gelungener PR-Gag. Die Schriftzeichen bedeuteten „Wirtschaftspolitik“ und warfen ein plakatives Schlaglicht auf den globalen Wettbewerb, in dem Deutschland und Europa bestehen müssen, wenn Wohlstand gesichert werden soll. „Früher hat die chinesische Wirtschaft deutsche Produkte kopiert, heute kopiert die deutsche Politik chinesische Wirtschaftskonzepte“, warnte FDP-Chef Lindner in seiner Parteitagsrede und forderte, endlich wieder eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik für Deutschland zu entwickeln und durchzusetzen. Die Freien Demokraten zeigten mit ihrem Leitantrag, wie Deutschland besser vor-



Christian Lindner warnt vor chinesischen Zuständen und fordert eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik für Deutschland.

ankommen kann: mit einer Reform des Bildungsföderalismus, dem Ausbau der Infrastruktur, mit mehr bezahlbarem Wohnraum durch einfacheren Wohnungsbau und mit steuerlichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Dringlichkeitsantrag „Bauen statt klauen“ von der Berliner FDP, der sich klar gegen die Enteignung und Vergesellschaftung von privatem Wohnraum ausspricht, setzten die Delegierten gleich zu Beginn des Parteitags außerdem ein klares Zeichen gegen die Enteignungsfantasien von Linken, Grünen und einigen Sozialdemokraten. Auch das bestimmende Thema der Europawahl, den Klimaschutz, griffen die Freien Demokraten auf. Sie beschlossen einen Antrag, der Marktwirtschaft und Umweltschutz verbindet und einen effektiven Klimaschutz durch Emissionshandel fordert.

Einen beachtlichen Teil der Debatten nahm zudem das Thema Gleichberechtigung und Frauenförderung ein (mehr dazu auf Seite 16). Daneben wurde auch der Kampf gegen Antisemitismus und die Grundsteuerreform in den Antragsdebatten erörtert. Den Schlusspunkt des 70. Ord. Bundesparteitags markierte der Wahlauf Ruf zur Europawahl 2019. „Europa darf nicht selbstzufrieden sein. Europa muss seine Chancen nutzen, indem es sich reformiert“, rief Spitzenkandidatin Nicola Beer in ihrer Rede den Delegierten zu. Nach der Wahl hat sie nun in Brüssel die Chance, gemeinsam mit einem starken ALDE-Team an eben diesem Ziel zu arbeiten.

FDP stimmt für mehr Vielfalt.



Raphael Landua
Politischer Referent
der FDP

Wie 2018 fand im Vorfeld des Bundesparteitages eine Veranstaltung zum Thema Vielfalt statt – diesmal unter dem Motto „VIELFALT@fdp“. Nach der Begrüßung durch Generalsekretärin Nicola Beer stellten Bundesgeschäftsführer Marco Mendorf sowie Maren Jasper-Winter MdA und Nicole Bauer MdB die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Chancen durch Vielfalt“ vor. Im Anschluss konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft ins Gespräch kommen. Die Veranstaltung diente vor allem als Einstimmung auf die Beratungen auf dem Bundesparteitag.

Die Arbeitsgruppe war im April 2018 mit dem Auftrag eingesetzt worden, Maßnahmen der Frauenförderung zu diskutieren und zu evaluieren. Ein Jahr später konnte die Arbeitsgruppe der Partei und ihren Gremien vier konkrete Maßnahmen vorschlagen: Leitlinien für ein liberales Miteinander (Code of Conduct), die Stärkung und Zusammenführung der Frauennetzwerke von Partei und Stiftung, eine liberale Agenda für Selbstbestimmung und Vielfalt sowie die Festlegung von Zielvereinbarungen, um mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen.

Der Antrag zur liberalen Agenda „Freiheit durch Emanzipation“ wurde am Samstag, dem zweiten Tag des Bundesparteitags, von den Delegierten diskutiert und beschlossen. Kernpunkte des Antrags sind unter anderem die Überwindung von vorgegebenen Rollenbildern, gleiche Bezahlung von Frauen, Unterstützung von Alleinerziehenden sowie die Bekämpfung von Altersarmut. Damit haben die Freien

Demokraten nach intensiver Diskussion ein erstes Maßnahmenpaket beschlossen, das die Partei inhaltlich noch stärker für Frauen öffnen soll.

Die Zielvereinbarungen, die zwischen dem Bundesvorstand und den einzelnen Landesverbänden getroffen werden sollen, wurden am Sonntag debattiert. Nach einer kontroversen und leidenschaftlichen Debatte wurde schließlich ein Antrag beschlossen, der eine Frauenquote klar ablehnt, sich aber für Zielvereinbarungen als innovatives Instrument der Frauenförderung ausspricht.

Mit den Beschlüssen des Bundesparteitages haben die Freien Demokraten erste wichtige Weichen gestellt, um in Zukunft offener und vielfältiger zu werden – und nun geht es an die Umsetzung und Entwicklung weiterer Maßnahmen.



Katja Suding, Linda Teuteberg und Nicola Beer (v.l.n.r.) bei der Veranstaltung „Chancen durch Vielfalt“.



ID.

Volkswagen, just electric.

Der vollelektrische ID.3 1ST.

Elektrisch beginnt. Jetzt registrieren: volkswagen.de/ID



Getarnter Prototyp

„Wir werden überzeugen, wenn wir uns treu bleiben.“

Auf die Werte der FDP besinnen, sie wieder stärker sichtbar machen und die Interessen der Menschen wahrnehmen – im Interview mit der fdplus macht die neue FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg klar, was für die Freien Demokraten entscheidend ist.



Thomas Maron
Chefredakteur
Pressesprecher der FDP

Frau Teuteberg, was wollen Sie gemeinsam mit der FDP erreichen? Wie wollen Sie die Partei voranbringen?

„Freiheit“ und was sie für uns alle jeden Tag bedeutet ist die große Überschrift meiner politischen Motivation. Wir haben aktuell in Deutschland drei linke Parteien, eine sich suchende Union und einen abdriftenden Rand. Die FDP ist die einzige Partei, die sich konsequent für die Freiheit entscheidet und gleichzeitig Gerechtigkeit und Ordnung im Blick behält. Ich bin davon überzeugt, dass wir deutlich mehr inhaltliche Anhänger als bisherige Wähler haben. Daraus möchte ich etwas machen.

Welche Themen wollen Sie verstärkt in den Vordergrund rücken?

Ich möchte unsere Partei, unsere Werte und unsere Angebote, also das, was wir aus gutem Grund schon in uns tragen, in der Breite stärker sichtbar machen. Wir dürfen Debatten nicht aus dem Weg gehen, auch und gerade bei Themen, die spontan nicht zuerst bei den Freien Demokraten verortet werden. Heimat ist für mich ebenso eine liberale Kategorie wie die Gleichberechtigung von Frauen. Von anderen unterscheiden uns weniger die Ziele und Themen, sondern wie wir diese angehen und ausbuchstabieren. Wir brauchen den Mut, auch über die Voraussetzungen und Zumutungen von Freiheit zu sprechen. Und gerade weil ich als Liberale



Linda Teuteberg auf dem 70. Ord. FDP-Bundesparteitag

an das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft glaube, will ich auch den Schutz und die Erarbeitung von Eigentum zum Thema machen.

Wie kann die FDP sich stärker gegenüber den Wettbewerbern profilieren?

Durch Klarheit in der Sprache und Abgewogenheit in der Sache. Das gilt zum Beispiel in der Migration, wo wir einerseits mehr legale Zuwanderung von Fachkräften ermöglichen wollen und auf der anderen Seite dafür eintreten, die rechtsstaatlich festgestellte Ausreisepflicht auch durchzusetzen. Diese Haltung ist ebenso vernünftig wie erklärungsbedürftig. Zugleich verschafft uns das eine klare Position im politischen Wettbewerb: als Stimme und Kraft der Mitte.

Ein Megathema bei der Europawahl war die Klimapolitik. Was muss die FDP tun, um hier punkten zu können?

Wir haben schon seit Jahren gute Konzepte in der Klimapolitik. Unser Modell der ökologischen Marktwirtschaft haben wir bereits vor mehr als drei Jahrzehnten entwickelt. Wie auch in der Migrationspolitik bewegen wir uns dabei nicht in den Extremen, sondern wollen den Wandel so gestalten, dass wir möglichst viele Bürger mitnehmen. Den Facharbeiter aus der Lausitz ebenso wie die Schülerin aus Berlin. Dass wir mit differenzierten Lösungen nicht die gleiche Aufmerksamkeit erhalten wie politische Kräfte, die auf der einen Seite einen sofortigen Kohleausstieg fordern oder auf der anderen Seite den Klimawandel ganz in Zweifel ziehen, ist nicht überraschend. Aber wir wären doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir jetzt nur aus Effekthascherei anderen hinterherrennen. Wir werden überzeugen, wenn

wir uns selbst treu bleiben und für unsere Position mit Leidenschaft werben. Unser Verständnis für Nachhaltigkeit aus der Sozial- und Finanzpolitik und die Start-Up-Mentalität aus unserer Wirtschaftspolitik lassen sich gut mit Umweltschutz und Ressourcenschonung verbinden.

Im Osten stehen wichtige Landtagswahlen an. Sie sind Brandenburgerin. Wie bewerten Sie die Ausgangslage für die FDP dort?

Wenn ich mir die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen und bei der Europawahl im Mai sowie aktuelle Umfragen anschau, haben wir allen Grund optimistisch zu sein. Ein Selbstläufer werden diese Wahlen nicht. Kämpfen lohnt sich! Dabei baue ich darauf, dass wir diese Wahlkämpfe wieder erfolgreich als Gesamtpartei bestreiten. Jede und jeder an seinem Platz und in dieselbe Richtung.

Wie kann denn die FDP in diesen Wahlkämpfen die Menschen gewinnen? Derzeit sieht es doch so aus, als ob die Auseinandersetzung vor allem um die Haltung zur AfD und die Klimapolitik geführt wird.

Die Debatte und die Wahlkämpfe sind sehr aufgeheizt. Das sollten wir als Herausforderung annehmen. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg gehen wir mit jeweils ganz eigenem regionalen Zungenschlag auf die Leute zu mit der Botschaft: Wir wollen den Blick von politischen Grabenkämpfen, von Extremisten und Extremen, wieder auf die wirklichen Probleme und Bedürfnisse von Menschen richten. Funklöcher stopfen, Schulen und Kitas besser ausstatten, guter Nahverkehr, damit man schnell zur Arbeit oder Schule kommt und wieder nach Hause – da gibt es enorm viel zu tun. Aber viele Menschen haben das Gefühl, dass hier ihre Interessen nicht mehr wahrgenommen werden. Da setzen wir an als Partei der Mitte.

Was bedeutet die Krise der Großen Koalition?

Die Dauerkrise der Koalition kostet vor allem Zeit. Während die Welt sich in rasantem Tempo verändert, herrscht in Deutschland Stillstand. Jeder weiß, dass es so nicht weitergehen kann. Diese Koalition hat weder die Kraft noch den Willen, etwas zu bewegen. Deshalb müssen wir ab jetzt auf einen politischen Wechsel vorbereitet sein.

Der neugewählte Bundesvorstand

Auf dem 70. Ordentlichen FDP-Bundesparteitag haben die Delegierten einen neuen Bundesvorstand gewählt.

Präsidium:



Christian Lindner
Bundesvorsitzender



Wolfgang Kubicki
Stellv. Vorsitzender



Nicola Beer
Stellv. Vorsitzende



Katja Suding
Stellv. Vorsitzende



Dr. Hermann Otto
Solms
Bundesschatzmeister



Michael Theurer
Beisitzer des
Präsidiums



Dr. Volker Wissing
Beisitzer des
Präsidiums



Frank Sitta
Beisitzer des
Präsidiums



Linda Teuteberg
Generalsekretärin

Kraft Amtes gehören dem Präsidium ebenfalls an: Dr. Marco Buschmann für die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und Dr. Wolf Klinz als Vertreter der ALDE im europäischen Parlament (bis 06/2019).

Bundesvorstand:

1. Abteilung



Michael Georg Link
Baden-Württemberg



Katja Hessel
Bayern



Lars F. Lindemann
Berlin



Axel Graf Bülow
Brandenburg



Prof. Dr. Hauke Hilz
Bremen



Anna von
Treuenfels-Frowein
Hamburg



René Rock
Hessen



René Domke
Mecklenburg-Vor-
pommern



Sylvia Bruns
Niedersachsen



Dr. Andreas Reichel
Nordrhein-Westfalen



Daniela Schmitt
Rheinland-Pfalz



Kirsten Cortez
de Lobao
Saarland



Torsten Herbst
Sachsen



Dr. Marcus Faber
Sachsen-Anhalt



Dr. Heiner Garg
Schleswig-Holstein



Thomas L.
Kemmerich
Thüringen

2. Abteilung



Otto Fricke
Nordrhein-Westfalen



Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann
Nordrhein-Westfalen



Johannes Vogel
Nordrhein-Westfalen



Konstantin Kuhle
Niedersachsen



Yvonne Gebauer
Nordrhein-Westfalen



Bettina Stark-
Watzinger
Hessen



Alexander Pokorny
Berlin



Christian Dürr
Niedersachsen



Lencke Steiner
Bremen



Dr. Stefan Ruppert
Hessen



Martin Hagen
Bayern



Dr. Lukas Köhler
Bayern



Dr. Stefan Birkner
Niedersachsen



Bijan Djir-Sarai
Nordrhein-Westfalen



Judith Skudelny
Baden-Württemberg



Pascal Kober
Baden-Württemberg



Ria Schröder
Hamburg



Manuel Höferlin
Rheinland-Pfalz

FDP bereitet sich auf die anstehenden Landtagswahlen vor.

Das Wahljahr 2019 ist noch längst nicht vorbei. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen steht die FDP bereits in den Startlöchern für die anstehenden Wahlkämpfe. Die Spitzenkandidaten vor Ort geben Ihnen hier erste Einblicke.



Hans-Peter Goetz
Spitzenkandidat der
FDP Brandenburg



Holger Zastrow
Spitzenkandidat der
FDP Sachsen



Thomas L. Kemmerich
Spitzenkandidat der FDP
Thüringen

Brandenburger FDP auf dem Weg in den Landtag

Die Wahlen in Brandenburg stehen im Spannungsfeld hoher Zustimmungswerte für eine Partei, die keine Alternative ist, und einer Regierung, die beispielsweise mit einer Kommunalreform gegen Bürger und Kommunen krachend gescheitert ist. Bildung, Umweltschutz, Infrastruktur, Chancen für innovative Wirtschaft wie auch den Handwerksbetrieb, den BER, Gesundheit, Fachkräftemangel und die Sorge um die innere Sicherheit sind Themen, die diskutiert werden. In der Lausitz haben wir mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Die Kernkompetenz eines Freien Demokraten ist Optimismus: der Glaube an die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Einzelnen; die Überzeugung, dass weder



Spitzenkandidat der FDP Brandenburg: Hans-Peter Goetz

die Welt noch das Abendland untergehen werden, wenn wir uns den aktuellen Problemen zügig, mit Innovation und Überzeugung zuwenden. Nur so können wir die Freiheit schützen und ihren Gegnern entschieden entgegenzutreten. Wir wissen, dass guter ÖPNV und schnelles Internet für viele Kommunen Schicksalsfragen sind und Unterricht nur gut sein kann, wenn er überhaupt stattfindet. Wir müssen das Bauen günstiger machen und den Strom nicht immer teurer. Wir brauchen eine Polizei auf der Höhe der Zeit. Online-Durchsuchungen brauchen wir nicht. Auch beste Absichten rechtfertigen keinen leichtfertigen Umgang mit Grundgesetz und Landesverfassung. Wir freuen uns auf einen regen Wahlkampf!

Für ein Sachsen der Macher und Anpacker



Holger Zastrow (r.) und Listenkandidaten der FDP Sachsen für die Landtagswahl nach ihrer Nominierung in Annaberg-Buchholz

Sachsen muss das Land sein, in dem geht, was anderswo längst nicht mehr geht. Dafür kämpft unser Landesverband mit einem Team von 72 Direkt- und Listenkandidaten um den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag am 1. September – das „Comeback 2019“. Unser Ziel: 10 Prozent, um eine starke, selbstbewusste Kraft im Parlament zu sein und wieder Regierungsverantwortung zu tragen.

Denn unter Schwarz-Rot verspielt Sachsen zunehmend seine Vorreiterrolle im Osten; CDU und SPD können dem Freistaat keine Impulse mehr geben. Endlose Debatten bestimmen die politische Tagesordnung, entschieden und gehandelt wird kaum noch, schon gar nicht im SPD-geführten Wirtschafts- und Verkehrsministerium.

Wir Freie Demokraten setzen der kraftlosen Regierungspolitik 91 Seiten Programm voller Schwung und Ideen entgegen: Für ein unbürokratisches und sicheres Sachsen, das

Vorreiter in Sachen Digitalisierung ist, beste Bildungschancen eröffnet und seinen Bürgern und Unternehmen modernste Infrastruktur bietet. Für ein Land der Macher und Anpacker, in dem jeder seinen „sächsischen Traum“ verwirklichen kann.

Thüringer FDP will Regierungsverantwortung übernehmen

Der Thüringer Landtagswahlkampf ist zugeschnitten auf die Spitzenköpfe: Ramelow, Mohring, Höcke, Tiefensee – und auf mich. Ich kandidiere nicht nur mit dem Ziel, ins Thüringer Parlament zurückzukehren. Ich will gemeinsam mit den Thüringer Liberalen in Erfurt Regierungsverantwortung übernehmen.

Das rot-rot-grüne Experiment in Thüringen ist gescheitert. Wirkliche Impulse? Fehlanzeige! Dabei sind die Baustellen groß: massiver Unterrichtsausfall, keine Exzellenz-Unis, überbordende Bürokratie, reformbedürftige Verwaltungsstrukturen und die Thüringer Konjunktur – vorerst ausgebremst. Deshalb fordern wir für Thüringen mehr und gut bezahlte Lehrer, die Rückkehr zu wahrer Rechtsstaatlichkeit und neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Damit sich Innovationen und Investitionen für kommende Generationen endlich auszahlen.

Wir haben unsere Wählerschaft im Freistaat seit 2014 mehr als verdoppelt. Daher sind für mich als Spitzenkandidat die jüngsten Wahlergebnisse eine gute Basis. Und ich bin zuversichtlich, dass uns Gleiches im Oktober gelingen wird. Denn wir wollen Thüringen aus der bürgerlichen Mitte heraus mitregieren.



Thomas L. Kemmerich (Mitte) mit Henry Götze (links) und Reginald Hanke von der FDP Thüringen.

Stärkere Basis vor Ort



Raphael Landua
Politischer Referent
der FDP

Am 26. Mai 2019 fanden nicht nur die Europawahlen, sondern auch Kommunalwahlen in insgesamt zehn Bundesländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) statt. Dabei konnten die Freien Demokraten ihre Basis vor Ort weiter ausbauen und viele neue Mandate erringen.

In einigen Wahlkreisen, wie beispielsweise im brandenburgischen Groß Köris oder im sächsischen Steina, ging die FDP sogar als Sieger hervor. Und auch in den Rathäusern übernehmen Freie Demokraten Verantwortung: So konnte sich Delf Gerlach bei der Bürgermeisterwahl im Uebigau-Wahrenbrück (Brandenburg) gegen seinen CDU-Konkurrenten durchsetzen. Und in Bernsdorf in Sachsen wurde Roswitha Müller als Bürgermeisterin wiedergewählt – mit beachtlichen 98,9 Prozent der Stimmen.

Auch im Rest des Landes überzeugten die Freien Demokraten: Von allen Bundesländern, in denen gewählt wurde, ist Rheinland-Pfalz Spitzenreiter mit 6,1 Prozent, gefolgt von Sachsen-Anhalt und Bremen mit jeweils 5,9 Prozent. Insgesamt haben die Freien Demokraten sich fast überall verbessert. Auch dabei steht Rheinland-Pfalz ganz vorne mit 2 Prozentpunkten Zugewinn. Ebenfalls deutlich gestärkt sind die Freien Demokraten im Saarland (+1,8 Prozentpunkte), in Baden-Württemberg (+1,4), in Sachsen-Anhalt (+1,4) sowie in Thüringen (+1,3).

Wichtig für den Erfolg vor Ort war auch das professionelle

Auftreten. Erstmals hat die Bundespartei für die Kommunalwahlen drei flexibel adaptierbare Wahlkampagnen entwickelt und den Untergliederungen zur Verfügung gestellt. Damit sorgen die Freien Demokraten für ein einheitliches Erscheinungsbild in ganz Deutschland und stärken so ihren Wiedererkennungswert.

Die guten Ergebnisse bei den Kommunalwahlen – insbesondere in Brandenburg, Sachsen und Thüringen – bilden eine starke Basis für die anstehenden Wahlkämpfe. Gemeinsam mit unseren engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern vor Ort haben wir jetzt alle Chancen, nach den Landtagswahlen im Herbst wieder in die Landtage einzuziehen.



Die FDP stellte den Untergliederungen drei verschiedene Motivkampagnen für die Kommunalwahlen zur Verfügung.

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN**
LUNA DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

**EINE
TRENNUNG
KANN AUCH
ENTSPANNT
ABLAUFEN.**



Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.



Mehr erfahren Sie unter
karton-natürlich.de

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

**KARTON,
NATÜRLICH!**



Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

„Der Druck auf Juden nimmt jeden Tag zu.“

Ben Salomo (*1977 in Rechovot, Israel), bürgerlich Jonathan Kalmanovich, ist ein Pionier des Deutsch-Raps. Er verabschiedete sich wegen des zunehmenden Antisemitismus aus der Szene. In seiner Biografie „Ben Salomo bedeutet Sohn des Friedens“ berichtet er von seiner Suche nach Heimat und Identität. Das Interview führte Christoph Giesa im Rahmen der #clabforcrab-Initiative, mit der die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für eine offene Gesellschaft wirbt.



Christoph Giesa
Publizist und Kolumnist

Sie beschreiben in Ihrem Buch antisemitische Erlebnisse schon seit der frühesten Jugend. Warum erheben Sie gerade jetzt die Stimme?

Es stimmt, Antisemitismus habe ich immer schon erlebt. Aber ich merke, dass es in den vergangenen Jahren schlimmer, aggressiver, gewalttätiger geworden ist. Das habe ich eben auch im Deutsch-Rap erlebt. Die Radikalisierung im Deutsch-Rap ist einer der maßgeblichen Brandbeschleuniger für die Zunahme des Antisemitismus gerade unter jungen Menschen.

Das müssen Sie erklären.

Das Problem ist, dass Rap ein Phänomen ist, das junge Leute beeinflusst. Rapper sind für viele Jungs Vorbilder. Wenn diese dann in ihren Texten antisemitische Stereotype verbreiten, erreichen sie viele Kids, die davon zuvor nichts gehört haben, weil Antisemitismus in ihren Elternhäusern keine Rolle gespielt hat. Dann googeln sie, was es mit den Rothschilds auf sich hat, und wo landen sie? Auf antisemitischen Seiten, für die die Protokolle der Weisen von Zion keine nachweislich erfundene Lügengeschichte sind, sondern die Wahrheit. Historische Fakten oder der Hass, der von arabischen Politikern gegen Israel geschürt wird, spielen keine Rolle mehr.

Wenn man sich Videos Ihrer Rap-am-Mittwoch-Veran-



Ben Salomo

staltungen anschaut, hört man Punchlines, die auf Ihr Jüdischsein anspielen. Meistens lachen Sie selbst darüber. Wo endet der Spaß und wann wird bei Ihnen die Grenze zum Antisemitismus überschritten?

Es ist wichtig, dass man die Regeln des Battle-Rap versteht, sonst kommt man bei dieser Frage nicht weiter. Wer zu einer Battle-Rap-Veranstaltung geht, egal, ob als Teilnehmer, als Gastgeber oder als Zuschauer, muss damit rechnen, verbal angegriffen zu werden. Das ist einfach Teil des Spiels. Wichtig ist nur, dass es kreativ ist und Gruppen nicht pauschal abwertet.

Und was ist dann antisemitisch?

Alles, was von der Logik her auch bezogen auf andere Gruppen diskriminierend wäre. Konkret vor allem Worte und Wortschöpfungen, die auch ohne jeglichen Kontext die Juden als Menschengruppe pauschal entwerten. „Judenpack“ etwa. Oder „Moslemsau“. Das geht genauso wenig wie etwa das N-Wort.

Täuscht das, oder gibt es zunehmend mehr Juden der jüngeren Generation, die sich selbstbewusst zu Wort melden in der deutschen Debatte?

Das täuscht nicht. Ich habe das Gefühl, dass immer mehr Juden sich das Recht nehmen, den Mund aufzumachen und einzufordern, was selbstverständlich sein sollte: dass auch wir ein gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft sind und wie andere Gruppen auch ein Recht darauf haben, hier frei und sicher zu leben.

Dieses Selbstbewusstsein ist also nicht selbstverständlich?

Wenn man in die Geschichte schaut, absolut nicht. Juden haben sich viel zu häufig ohne große Gegenwehr in ihr Schicksal gefügt. Wenn wir eines aus der historischen Betrachtung gelernt haben sollten, dann, dass wir uns nicht auf die Mehrheitsgesellschaft alleine verlassen können. Wir müssen uns selbst helfen. Das war für mich auch schon immer eine Leitlinie. Ich lasse mich nicht zum Opfer machen, sondern stelle mich auch denen, die mir ans Leder wollen, selbstbewusst in den Weg. Bisher bin ich damit gut gefahren.

Aus Ihrer letzten Bemerkung kann man Kritik an der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft herauslesen.

Ja, das ist richtig. Egal, wo man hinschaut, wird das Thema Antisemitismus ignoriert, kleingeredet oder sogar damit Politik gemacht. Auf unserem Rücken. Egal ob im konservativen Spektrum, im linken Spektrum oder im migrantischen Milieu, überall wird so getan, als sei doch alles gar nicht so schlimm. Dabei nimmt der Druck auf Juden in Deutschland und Europa jeden Tag zu. Egal, ob es um Gewalt im öffentlichen Raum geht, wenn man mit der Kippa auf die Straße geht, oder um Demonstrationen, auf denen „Juden ins Gas“ gerufen und Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Von dem Hass, der in den sozialen Netzwerken explodiert, ganz zu schweigen.

Sie engagieren sich ja stark zu diesem Thema. Was möchten Sie gerne erreichen?

Ich möchte Menschen aufrütteln und dazu bringen, tätig zu werden, wenn ihnen Antisemitismus begegnet. Schweigen wird bei diesem Thema immer als Zustimmung gedeutet, das muss jedem klar sein. Und ganz nebenbei geht es um die freie und offene Gesellschaft. Wenn Judenhass plötzlich wieder salonfähig ist, ist es nur eine Frage der Zeit, bis es die nächsten Gruppen erwischt. Und irgendwann dann auch diejenigen, die vorher noch dachten, Antisemitismus ginge sie nichts an.

Mehr Informationen über die #clapforcrap-Initiative der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit finden Sie auf clapforcrap.org.

Die FDP-Fraktion ist bereit

Die Große Koalition wankt, der Bundesregierung fehlt es an Handlungsfähigkeit. Damit droht Deutschland den Anschluss an die Zukunft zu verlieren. Die FDP-Fraktion ist bereit, wesentliche und für unser Land notwendige Vorhaben zu unterstützen. Ganz konkret: Erstens muss der Soli vollständig abgeschafft werden. Zweitens muss mehr Geld in Bildung investiert werden. Drittens muss CO2 einen Preis bekommen. Viertens muss endlich ein Digitalministerium geschaffen werden. Und fünftens muss Europa bei den großen Aufgaben gestärkt werden.

Mehr zu unserer
parlamentarischen Arbeit

 fdpbt.de
 [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
 [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
 [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

**Freie
Demokraten**

Fraktion im
Bundestag **FDP**